

PRESSESTELLE

Augustenstraße 124 70197 Stuttgart 0711 22276-58 presse@elk-wue.de www.elk-wue.de

MEDIENINFORMATION

23. Oktober 2025

Landessynode beschließt Umsetzung der Sparmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2026

"104 Millionen Euro strukturelle Einsparungen zusätzlich zu den Einsparungen im Pfarrdienst sind keine alltägliche Aufgabe"

Stuttgart. Die Landessynode hat mit dem Beschluss des Nachtragshaushalts für 2026 die im Sommer festgelegten strukturellen Einsparungen von rund 103,9 Millionen Euro umgesetzt. Die Sparmaßnahmen betreffen die zentralen Dienste, Werke und Einrichtungen sowie den Oberkirchenrat – also die Landeskirche im engeren Sinne.

Einsparbeschlüsse für Landeskirche im engeren Sinne werden 2026 umgesetzt

Einleitend erinnerte Oberkirchenrat Dr. Fabian Peters, Leiter des Dezernats für Finanzmanagement und Informationstechnologie, daran, dass die Landessynode sich bei der Sommertagung 2025 intensiv und abschließend mit dem Prozess der Haushaltskonsolidierung und der Versorgungsdeckungsstrategie beschäftigt und die Einsparungen von jährlich 103,9 Millionen Euro im Haushalt der Landeskirche im engeren Sinne auf den Weg gebracht habe. Dabei war eine detaillierte <u>Priorisierungsliste</u> beschlossen worden, die konkret benennt, wo, ab wann und wie viel zu sparen ist. Diese beschlossenen Einsparungen werden nun umgesetzt, soweit sie das Haushaltsjahr 2026 betreffen.

Peters hob das "vertrauensvolle, fehlerfreundliche und konstruktive Miteinander" von Landessynode und Oberkirchenrat hervor: "104 Millionen Euro strukturelle Einsparungen zusätzlich zu den Einsparungen im Pfarrdienst sind keine alltägliche Aufgabe. Dass uns das als Landessynode, als Kollegium und mit den Mitarbeitenden im Oberkirchenrat gelungen ist – und wir uns dabei weiterhin offen und respektvoll in die Augen schauen können – ist für mich ein kleines Wunder." Jetzt gelte es "umzusetzen, was die Haushaltspläne sagen".

Der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gehören rund 1,72 Millionen evangelische Christinnen und Christen an, rund 140.000 Ehrenamtliche wirken mit. Sie ist eine Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Landesbischof ist seit 2022 Ernst-Wilhelm Gohl. Die Kirchenleitung hat ihren Sitz im Evangelischen Oberkirchenrat, Heidehofstraße 20, 70184 Stuttgart.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Tobias Geiger, erklärte, der Ausschuss habe einstimmig beschlossen, der Landessynode die Zustimmung zum Nachtrag zu empfehlen. Dem kam die Synode durch den Beschluss nach.

Tagungsstätten: Haus Birkach wird Ende 2025 geschlossen, Übergabe des Bernhäuser Forst geplant

Im Zuge der Einsparmaßnahmen standen auch die vier Tagungsstätten der Landeskirche im Fokus: das Evangelisches Bildungszentrum Haus Birkach, die Evangelische Tagungsstätte Bad Boll, die Evangelische Tagungsstätte Stift Urach und die Evangelische Tagungsstätte Bernhäuser Forst. Die Hoffnung, so Geiger, im Tagungsbetrieb auf "eine schwarze Null" zu kommen, sei im Laufe der Jahre verloren gegangen. Auf Bitte der Synode hatte deshalb der Oberkirchenrat eine Tagungsstättenkonzeption erarbeitet, mit der Vorgabe, bis 2030 zwei der Häuser aufzugeben.

Haus Birkach in Stuttgart-Birkach wird zum Ende dieses Jahres geschlossen. Für die dort angesiedelten Bildungseinrichtungen sind alternative Standorte gefunden worden, sodass Haus Birkach verkauft oder vermietet werden kann.

Für die Tagungsstätte Bernhäuser Forst in Filderstadt ist eine Übergabe an den CVJM-Gesamtverband Deutschland zum 1. Juni 2026 in Aussicht. Im Gegenzug verpflichte sich der CVJM, die bisherige Nutzung für mindestens zehn Jahre fortzuführen und alle Beschäftigten zu übernehmen. Die Abgabe des Bernhäuser Forst an den CVJM sei für die Landeskirche "der sprichwörtliche Sechser im Lotto", so Geiger. Das Haus bleibe für die Freizeit- und Tagungsarbeit des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg nutzbar, während der CVJM-Gesamtverband eine entsprechende Expertise mitbringe und neue Belegungsmöglichkeiten erschließen könne. Geiger hob hervor, dass "bei einer Übergabe an den CVJM-Gesamtverband alle Mitarbeitenden ihre Arbeitsplätze" behalten würden.

Aussprache der Synodalen

Eckart Schultz-Berg (Stuttgart) sagte, der Nachtragshaushalt schmerze. Aber die Sommersynode habe dies intensiv diskutiert, und nun sei er gespannt, "wie sich das weiterentwickelt". Wichtig sei ihm klarzustellen, dass die Einsparungen um rund 104 Millionen Euro nicht die Kirchengemeinden betreffen. Hinsichtlich der Rückstellungen für die Versorgung der Kirchenbeamten im Haushalt statt in der Versorgungsstiftung sei ihm wichtig, dass diese Gelder sicher reserviert seien. Zu den Tagungsstätten sagte Schultz-Berg, es bewege ihn, dass die Häuser weiter funktionieren können. Ulrike Sämann (Plochingen) fragte, weshalb der Bernhäuser Forst unentgeltlich abgegeben werden solle. Oberkirchenrat Dr. Fabian Peters erklärte dies damit, dass es schwierig sei, einen neuen Träger für ein defizitäres Haus zu finden. Er gab zudem zu bedenken, dass der CVJM das Haus nicht als Geldanlage verwenden könne, sondern die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit dort fortsetze.

Der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gehören rund 1,72 Millionen evangelische Christinnen und Christen an, rund 140.000 Ehrenamtliche wirken mit. Sie ist eine Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Landesbischof ist seit 2022 Ernst-Wilhelm Gohl. Die Kirchenleitung hat ihren Sitz im Evangelischen Oberkirchenrat, Heidehofstraße 20, 70184 Stuttgart.

Dies werde vertraglich festgelegt. Deshalb habe das Haus keinen Wert als Geldanlage. Jörg Schaal (Weissach im Tal) ging auf die Diskussion über einen Umbau der Finanzierung der Kirche ein und gab zu bedenken, es sei ein Blick in die Glaskugel, was dabei herauskommen würde. Mit Blick auf die Tagungshäuser sagte Schaal, jede kirchliche Gruppe werde weiter einen Ort zum Tagen finden. Götz Kanzleiter (Ostelsheim) plädierte dafür, über neue Wege der Kirchenfinanzierung nachzudenken, denn die Stimmung in Gesellschaft und Politik gehe in diese Richtung. Dr. Harry Jungbauer (Heidenheim) gab in einem Zwischenruf zu bedenken, es gebe durchaus Synodalkandidierende, die explizit für ein Ende der Kirchensteuer eintreten. Kai Münzing (Dettingen an der Erms) bat in einem Zwischenruf darum, die Aussprache nicht für Wahlkampf zu nutzen, sondern zur Sache zu sprechen.

Oberkirchenrat Dr. Fabian Peters ging abschließend auf einige Äußerungen der Aussprache ein: Die Gelder, die statt im Versorgungsfond nun im Haushalt verwaltet würden, seien durch juristische Mechanismen gut für die Versorgungszwecke gesichert. Das System der Finanzierung durch Kirchensteuer sei sehr ergiebig, und Kirchen in aller Welt beneideten die deutschen Kirchen um dieses System. Es erlaube der Kirche so viele Möglichkeiten der Verkündigung, wie sie keine andere Kirche habe. Zudem gebe es Länder ohne Kirchensteuer, in denen die Austrittszahlen noch deutlich höher seien. Zur Frage einer Spendenfinanzierung wies Peters darauf hin, dass in Deutschland beide großen Kirchen zusammen jährlich 12 Mrd. Euro Kirchensteuer erhalten – das gesamte Spendenaufkommen in Deutschland für alle Zwecke liege hingegen bei nur 6 Mrd. Euro.

Synodalpräsidentin Sabine Foth dankte im Anschluss an die erfolgte Beschlussfassung allen Mitarbeitenden im Dezernat für Finanzmanagement und Informationstechnologie im Oberkirchenrat und verwies auf deren Tätigkeit in herausfordernde Zeiten. Foth dankte auch dem Finanzausschuss, der in der Legislaturperiode der 16. Landessynode ein hohes Pensum zu bewältigen hatte.

Dan Peter Sprecher der Landeskirche

HINWEIS: Bilder von der Herbsttagung der Landesynode finden Sie im <u>Pressebereich unserer</u> Website.